



VERBAND DES BÜNDNER STAATSPERSONALS
FEDERAZIUN DAL PERSUNAL DAL CHANTUN GRISCHUN
ASSOCIAZIONE DEL PERSONALE STATALE DEI GRIGIONI



JAHRESBERICHT 2015



INHALT

Ja zu mehr AHV	3
Prioritäre Sachgeschäfte	4
Finanzen	12
Mitgliederbestand, Organisation und Kommissionen	20

JA ZU MEHR AHV

Die Volksinitiative „AHVplus“ will einen Zuschlag von 10 Prozent auf alle laufenden und künftigen Renten. Die Initiative wird von einem breiten Bündnis von Arbeitnehmer-Organisationen, Rentner-Organisationen, der SP und der Grünen Partei mitgetragen. Öffentliches Personal Schweiz unterstützt das Volksbegehren ebenfalls und ist im Initiativkomitee vertreten.

Bei einer Annahme der Initiative steigt die durchschnittliche AHV-Rente für Alleinstehende um rund 200 Franken und für Ehepaare um rund 350 Franken pro Monat. Die Kosten für diese Rentenverbesserung werden auf 3,6 Milliarden Franken veranschlagt. Die Initiative lässt die Frage der Finanzierung bewusst offen, um diesbezüglich dem Bundesgesetzgeber nicht vorzugreifen. In Frage kommt eine Finanzierung über Lohnbeiträge, aus den Erträgen der Tabak- und Alkoholsteuer oder durch eine moderate Erhöhung der Mehrwertsteuer. Denkbar ist auch eine Kombination dieser Finanzierungsvarianten. Bei einer Annahme der Initiative haben National- und Ständerat darüber zu befinden.

Heute können viele Menschen mit ihren Renteneinkommen aus erster und zweiter Säule im Alter ihr gewohntes Leben nicht mehr angemessen führen, wie es die Bundesverfassung vorschreibt. Zudem hinken die AHV-Renten immer mehr den Löhnen hinterher und die Leistungen der Pensionskassen stehen unter Druck. Daher ist eine Erhöhung der laufenden und künftigen AHV-Renten um 10 Prozent vordringlich, notwendig und gerechtfertigt.



Gion Cotti, Präsident VBS

Über die Volksinitiative „AHVplus“ stimmen wir dieses Jahr ab. Ich ersuche alle Verbandsmitglieder, diesem Volksbegehren zuzustimmen.

Chur, 9. Februar 2016



PRIORITÄRE SACHGESCHÄFTE

- | | |
|-----------------------------|---|
| 1. Pensionskasse Graubünden | 5 |
| 2. Mitgliederwettbewerb | 7 |
| 3. Pensioniertenausflug | 8 |

1. PENSIONSKASSE GRAUBÜNDEN

Ende November 2015 orientierte die Pensionskasse über eine neuerliche Senkung des Technischen Zinssatzes und die abgestufte Senkung des Umwandlungssatzes. Vor allem bei jüngeren Versicherten, welche nicht von den beschlossenen Übergangsbestimmungen profitieren können, hat der Entscheid der Verwaltungskommission erhebliche Zweifel über die Rentensicherheit ausgelöst. In dieses Bild passen auch die Ergebnisse einer Umfrage, welche die Zeitung „20 Minuten“ in der Ausgabe vom 5. Oktober 2015 publiziert hat. An dieser Umfrage nahmen rund 20'000 Personen teil. Die erste Frage lautete „Glauben Sie, dass Sie einmal von der AHV und Pensionskasse leben können?“ Die zweite Frage lautete „Finden Sie es richtig, dass das Frauen-Rentenalter auf 65 Jahre erhöht wird?“

Die Ergebnisse der Umfrage lassen aufhorchen. 76 Prozent der Befragten glauben „sicher nicht“ oder „eher nicht“ von den Renten der AHV und Pensionskasse dereinst leben zu können. Bei den unter 30-Jährigen beträgt dieser Anteil gar über 88 Prozent. Knapp 85 Prozent der befragten Männer und rund 51 Prozent der befragten Frauen stimmten einer Harmonisierung des Rentenalters 65 zu. Allerdings gehen die meisten Befragten davon aus, dass sie wesentlich länger als heute arbeiten müssen.

Wie sind diese Ergebnisse einzuordnen, wenn man die jüngsten Entscheide der Pensionskasse Graubünden zur Verzinsung der Sparguthaben (BVG-Mindestzinssatz 1.25 Prozent im 2016) und der Altersguthaben (Senkung des Technischen Zinssatzes auf 2.5 Prozent) berücksichtigt? Beide Zinsent-

scheide dürften – zumindest auf den ersten Blick – die oben genannten Zweifel eher nähren als ausräumen.

Der Entscheid der Verwaltungskommission der Pensionskasse Graubünden zur Senkung des Zinssatzes auf Sparguthaben von 1.75 Prozent (2015) auf 1.25 Prozent für das Jahr 2016 ist – wenn man sich die Ertragsaussichten für die Vorsorgeeinrichtungen und deren Risikofähigkeit vor Augen hält – nachvollziehbar. Das Ziel aller Zinsfestlegungen müssen gesicherte, das heisst finanzierte und auch langfristig finanzierbare Leistungen sein. Das geht nur mit erwirtschaftbaren Zinssätzen. Ein Zinssatz von 1.25 Prozent ist derzeit realistisch. Im Vergleich mit anderen sicheren Anlagen sind 1.25 Prozent zudem gar überdurchschnittlich. Aber für den Aufbau eines Rentenkapitals, welches ein sicheres Einkommen im Alter ermöglichen soll, sind 1.25 Prozent eindeutig zu wenig.

Die Verwaltungskommission der Pensionskasse hat für das Jahr 2016 aber nicht nur den Zinssatz für das Kapital der Aktivversicherten gesenkt, sondern auch den Technischen Zinssatz. Dies ist der Zinssatz, mit dem das Rentenkapital für die ganze Rentenbezugsdauer verzinst wird. Der Technische Zinssatz beeinflusst unmittelbar den Umwandlungssatz. Konsequenterweise hat die Verwaltungskommission daher auch beschlossen, den Umwandlungssatz, wenn auch in Stufen, zu senken. Um nur schon den Technischen Zinssatz finanzieren zu können, wäre eine Anlagerendite von 2.5 Prozent erforderlich. Dies erscheint aus heutiger Optik nicht möglich.

Die Frage, ob die Renten nun effektiv gefährdet sind oder nicht, ist damit noch nicht beantwortet. Wenn man sich an den Fakten orientiert – sinkende Kapitalerträge, Demographie, Entwicklung BVG-Mindestzinssatz, Senkung des Technischen Zinssatzes und Anpassung des Umwandlungssatzes – wird rasch klar: Es ist nicht so, dass die AHV-Renten und die Renten der Pensionskasse insgesamt gefährdet wären. Die Stabilität der Vorsorgeeinrichtungen ist grundsätzlich gewährleistet. Gefährdet ist aber das Rentenniveau.

Der VBS setzt alles daran, dass am strategischen Ziel der beruflichen Vorsorge, ein Einkommensniveau von 60 Prozent des letzten versicherten Lohns zu gewährleisten, festgehalten wird. Eine Überprüfung durch die Pensionskasse Graubünden hat ergeben, dass dies auch nach den letzten Zinsentscheiden der Verwaltungskommission für die in der Pensionskasse Graubünden Versicherten immer noch der Fall ist. Die Kommission ist sich aber auch bewusst, dass weitere Zinssenkungsschritte folgen könnten, wenn sich die Ertragslage auf den Vermögensanlagen auch mittelfristig nicht deutlich verbessern sollte.

Sofern der Technische Zinssatz abermals gesenkt werden muss, sind flankierende Massnahmen vorzusehen. Dies liegt auch im Interesse der Arbeitgeber, welche ihre Arbeitskräfte auf dem freien Arbeitsmarkt rekrutieren müssen. Für die ganze Einkommenssicherheit im Alter reichen aber Einzelmassnahmen auf der Ebene der einzelnen Vorsorgeeinrichtungen nicht aus. Um die

Vorsorgewerke nachhaltig zu stabilisieren und die Vorsorgeziele auch für die jüngeren Generationen zu sichern, ist es unabdingbar, dass das vom Bundesrat vorgeschlagene Reformpaket „Altersvorsorge 2020“ in den wesentlichen Zügen umgesetzt werden kann.

2. MITGLIEDERWETTBEWERB

Der VBS-Vorstand hat Ende 2014 entschieden, einen Mitgliederwettbewerb durchzuführen und dafür einen Kredit von 5'000 Franken gesprochen. Damit sollten die Verbandsmitglieder für ihre Treue belohnt werden. Alle Mitglieder – mit Ausnahme des Vorstands, der Mitglieder der Revisionsstelle und des Sekretariats – erhielten mit der Einladung zur Generalversammlung 2015 einen Wettbewerbston. Beantwortet werden musste eine einfache Frage. Die richtige Antwort war mit dem ausgefüllten Talon bis spätestens am 30. April 2015 dem VBS-Sekretariat zuzustellen. Zu gewinnen gab es 30 Preise im Gesamtwert von 5'000 Franken. Der erste Preis war ein Wellness-Wochenende für zwei Personen im Bergspa Hotel La Val in Breil/Brigels, der zweite Preis ein Apple i-Phone 6, der dritte Preis eine Swatch Chrono Gran Tourismus Uhr und die restlichen 27 Preise waren Einkaufsgutscheine. Am Wettbewerb nahmen insgesamt über 350 Mitglieder teil. Die Ziehung fand Ende Mai unter notarieller Aufsicht statt. Die glücklichen Gewinnerinnen und Gewinner sind in der Folge benachrichtigt worden.

3. PENSIONIERTENAUSFLUG

Der traditionelle Pensioniertenausflug für die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons führte letztes Jahr zum Rheinfall nach Neuhausen. Am Morgen ging es mit dem Postauto über die Rheintalautobahn und die N1 vorbei an Winterthur, durch das Zürcher Weinland bis an den Zielort. In Neuhausen hiess es das Postauto verlassen und mit dem Boot den Rheinfall hautnah erleben um den Rhein zu geniessen. Wer den Booten nicht traute, konnte sich mit Kaffee und Gipfeli im nahen Restaurant „Park“ verköstigen. Diese Wohltat durften selbstverständlich während der Bootsahrt auch die „Schiffahrerinnen und Schiffahrer“ geniessen.

Gegen Mittag ging die Fahrt mit dem Postauto weiter in die deutsche Enklave Büsingen. Im Restaurant „Alte Rheinmühle“ erwartete die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein köstliches Mittagessen. Dort konnten Kontakte gepflegt und alte Erinnerungen aufgefrischt werden. Nach diesem ausgiebigen Mittagessen führte die Fahrt via Zürcher Oberland und Walensee zurück zu den Ausgangsorten in Graubünden.

Am letztjährigen Pensioniertenausflug, welcher Mitte September stattfand, haben rund 250 Personen teilgenommen. Finanziert wird dieser beliebte Anlass durch einen Teilnehmerbeitrag sowie durch Beiträge des Kantons und der Pensionskasse Graubünden. Reichen diese Mittel nicht aus, hat der VBS den Restbetrag zu übernehmen. Am Pensioniertenausflug konnten – wie immer – nicht nur VBS-Mitglieder, sondern alle ehemaligen Mitarbeitenden des Kantons mit einer Begleitperson teilnehmen.









Weitere Impressionen finden sich auf der Homepage des VBS:
<http://vbsgr.ch/bericht-pensioniertenausflug-2015/>



FINANZEN

1. Jahresrechnung	13
2. Revisorenbericht 2015	15
3. Voranschlag	16
4. Bemerkungen zur Jahresrechnung 2015 und zum Voranschlag 2017	18

1. JAHRESRECHNUNG

Schlussbilanz per 31.12.2015

KONTO		SOLL	HABEN
	AKTIVEN		
1001	Postkonto	44'937.39	
1002	E-Depositokonto	30'782.75	
1012	Sparkonto GKB	92'392.43	
1099	TA (Transitorische Aktiven)	1'050.00	
	TOTAL	169'162.57	
	PASSIVEN		
2100	Kapital		171'093.93
	TOTAL		171'093.93
	Verlust per 31.12.2015	1'931.36	
	TOTAL	171'093.93	171'093.93

Erfolgsrechnung pro 2015

KONTO		SOLL	HABEN
	AUFWAND		
4000	Verbandsbeiträge	17'803.00	
4010	Vorstand	12'223.50	
4020	Versammlungen/Sitzungen	10'640.55	
4021	Reisespesen	534.90	
4030	Drucksachen/Büromaterial	10'425.11	
4040	Portokosten	2'364.50	
4050	Bank- und Postspesen	557.05	
4060	Gerichts- und Anwaltskosten	0.00	
4070	Werbung	5'655.95	
4090	Pensioniertenausflug	33'262.85	
4100	Steuern	612.75	
4200	Sekretariat	13'936.70	
4201	Internetauftritt	443.90	
4300	Rechtsschutzversicherung	10'006.90	
4900	Sonstiger Aufwand	120.00	
	TOTAL	118'587.66	
	ERTRAG		
6000	Mitgliederbeiträge Aktive		56'880.00
6001	Mitgliederbeiträge Pensionierte		20'163.00
6002	Mitgliederbeiträge Passive		450.00
6004	Beiträge Pensioniertenausflug		30'930.00
6200	Kapitalzinsen		94.30
6300	Sonstige Erträge		8'139.00
	TOTAL		116'656.30
	Verlust per 31.12.2015		1'931.36
	TOTAL	118'587.66	118'587.66

2. REVISORENBERICHT 2015

In Ausübung unseres Mandats haben wir die Buchführung und die Jahresrechnung 2015 des Verbands des Bündner Staatspersonals (VBS) geprüft. Aufgrund unserer Kontrolle können wir bestätigen, dass:

- die Bilanz und die Erfolgsrechnung mit den Buchungsbelegen übereinstimmen,
- die Buchhaltung sauber und ordnungsgemäss geführt ist,
- die Aktiven und Passiven vollständig ausgewiesen sind.

Die Jahresrechnung schliesst wie folgt ab:

	RECHNUNG 2015	BUDGET 2015
Ertrag	Fr. 116'656.30	Fr. 117'000.00
Aufwand	Fr. 118'587.66	Fr. 122'000.00
Verlust	Fr. 1'931.36	Fr. 5'000.00

Das Verbandsvermögen beträgt per 31. Dezember 2015 Fr. 169'162.57.

Die Bewältigung der Aufgaben des Verbands verlangt stets grossen Einsatz und eine hohe Kompetenz seitens der verantwortlichen Organe. Wir können aufgrund unserer Prüfung bestätigen, dass die angefallenen Geschäfte sowohl seitens des Vorstands als auch des Sekretariats pflichtbewusst und fachmännisch erledigt worden sind. Besten Dank für die geleistete Arbeit

Wir beantragen der Generalversammlung, die Jahresrechnung 2015 zu genehmigen und die verantwortlichen Vorstandsmitglieder zu entlasten.

Chur, 12. Januar 2016

Jürg Barandun

Laurent Ostinelli

3. VORANSCHLAG

	Rechnung 2014		Budget 2015	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Mitgliederbeiträge		77'835.00		80'000.00
Pensioniertenausflug		23'046.95		30'000.00
Kapitalzinsen		262.00		1'000.00
Sonstige Erträge		6'906.00		6'000.00
Verbandsbeiträge	17'898.00		18'000.00	
Vorstand	11'000.00		12'000.00	
Versammlungen	12'627.25		11'000.00	
Reisespesen	591.10		700.00	
Drucksachen	10'326.54		9'000.00	
Portokosten	1'990.40		2'000.00	
Post- und Bankspesen	622.15		800.00	
Gerichts-/Anwaltskost.	0.00		5'000.00	
Werbung	690.35		2'000.00	
Pensioniertenausflug	23'046.95		30'000.00	
Steuern	801.75		500.00	
Sekretariat	13'193.30		15'000.00	
Internetauftritt	443.90		1'000.00	
Rechtsschutzvers.	10'286.20		14'000.00	
Sonstiger Aufwand	296.90		1'000.00	
Wertschriftenverlust				
Mehreinnahmen	4'235.16			5'000.00
Mehraufwand				
	108'049.95	108'049.95	122'000.00	122'000.00

Rechnung 2015	
Ausgaben	Einnahmen
	77'493.00
	30'930.00
	94.30
	8'139.00
17'803.00	
12'223.50	
10'640.55	
534.90	
10'425.11	
2'364.50	
557.05	
0.00	
5'655.95	
33'262.85	
612.75	
13'936.70	
443.90	
10'006.90	
120.00	
	1'931.36
118'587.66	118'587.66

Budget 2016	
Ausgaben	Einnahmen
	80'000.00
	30'000.00
	600.00
	6'000.00
18'000.00	
12'000.00	
11'000.00	
700.00	
11'000.00	
2'000.00	
800.00	
5'000.00	
2'000.00	
30'000.00	
500.00	
15'000.00	
1'000.00	
14'000.00	
1'000.00	
	7'400.00
124'000.00	124'000.00

Budget 2017	
Ausgaben	Einnahmen
	80'000.00
	30'000.00
	600.00
	6'000.00
18'000.00	
12'000.00	
11'000.00	
700.00	
11'000.00	
2'000.00	
800.00	
8'000.00	
2'000.00	
30'000.00	
500.00	
15'000.00	
1'000.00	
12'000.00	
1'000.00	
	8'400.00
125'000.00	125'000.00

4. BEMERKUNGEN ZUR JAHRESRECHNUNG 2015 UND ZUM VORANSCHLAG 2017

Die Jahresrechnung 2015 schloss mit einem Mehraufwand von rund 2'000 Franken ab. Veranschlagt worden waren Mehrausgaben von 5'000 Franken. Die Differenz zum Voranschlag beträgt somit 3'000 Franken. Um rund 5'000 Franken höher ausgefallen sind die Kosten unter der Position „Werbung“. Diese Mittel sind für den Mitgliederwettbewerb 2015 verwendet worden. Aufgrund der grossen Anzahl Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Pensioniertenausflug ergab sich eine Kostenüberschreitung von rund 3'000 Franken.

Wiederum nicht beansprucht werden musste der budgetierte Betrag von 5'000 Franken für Gerichts- und Anwaltskosten.

Der Voranschlag 2017 ist auf Grundlage der Jahresrechnung 2015 erstellt worden und sieht einen Mehraufwand von 8'400 Franken vor. Darin enthalten sind 8'000 Franken Gerichts- und Anwaltskosten. Diese Position ist um 3'000 Franken erhöht worden, weil der Vorstand auf einen Ausbau der Rechtsschutzversicherung für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis verzichtet hat. Die zusätzlichen Mittel werden bei Bedarf auch für die vorprozessuale Beratung der Verbandsmitglieder eingesetzt. Dies ist die kostengünstigere Variante als ein Ausbau der Rechtsschutzversicherung.



MITGLIEDERBESTAND, ORGANISATION UND KOMMISSIONEN

1. Mitgliederbestand	21
2. Vorstand	22
3. Sekretariat	23
4. Revisionsstelle	23
5. Kommissionen	23
6. Zusammenarbeit mit dem Zentralverband und anderen Personalverbänden	24
7. Protokoll der 108. Generalversammlung	25

1. MITGLIEDERBESTAND

Der VBS zählte Ende 2015 1'877 Mitglieder. Damit konnte der letztjährige Mitgliederbestand gehalten werden. Deutlich zugenommen hat die Anzahl pensionierter Mitglieder, während die Anzahl Aktivmitglieder im gleichen Umfang abgenommen hat. Eine leichte Zunahme war sodann bei den Passivmitgliedern zu verzeichnen.

Der Vorstand hat Mitte Jahr wiederum beschlossen, eine breit angelegte Werbekampagne zu lancieren. Die Federführung wurde dem Ressort Werbung übertragen. Neumitglieder, welche ab Mitte März bis Ende April 2016 dem VBS beitreten, nehmen an der Verlosung attraktiver Preise teil. Dadurch sollen wiederum zahlreiche Mitarbeitende als Verbandsmitglieder angeworben werden.

Mitgliederbestand		
	31. Dezember 2015	31. Dezember 2014
Aktivmitglieder	1'226	1'265
Passivmitglieder	16	12
Pensionierte Mitglieder	632	596
Ehrenmitglieder	3	3
Total	1'877	1'876

Ehrenmitglieder

- Georg Zimmermann, Präsident von 1979 - bis GV 1986
- Martin Accola, Präsident von 1986 - bis GV 1991
- Albert Vanoni, Präsident von 1991 - bis GV 2000

2. VORSTAND

Seit der Generalversammlung vom 25. April 2014 setzt sich der Vorstand wie folgt zusammen:

Funktion	Vorname und Name	Ressort	Dienststelle und Funktion oder Vertretung
Präsident	Gion Cotti	Kommunikation	Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement, juristischer Mitarbeiter
Vizepräsident	Andreas Cabalzar	Stabsfunktion und Pensionskassenexperte	Amt für Natur und Umwelt, Abteilungsleiter Natur und Landschaft
Mitglieder	Maria Pfister	Finanzen	Amt für Justizvollzug, Justizvollzugsanstalt Realta, Leiterin Verwaltung/Ökonomie
	Livio Carloni	Werbung	Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement, Sachbearbeiter Stipendien
	Josef Senn	Pensioniertenwesen	Vertretung Pensionierte
	Monica Spescha Matic	Dienstleistungen	Vertretung Passivmitglieder
	Reinhard Stoffel	Veranstaltungen	Tiefbauamt, Abteilung Strassenbau, Zeichner-Konstrukteur
	Georg Thomann	Homepage und Datensupport	Amt für Natur und Umwelt, Abteilungsleiter Luft, Lärm und Strahlung
	Marco Wieland	Recht und Versicherungen	Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement, Leiter Rechtsdienst

Die Protokolle der Vorstandssitzungen werden von Maria Pfister verfasst.

3. SEKRETARIAT

Das Sekretariat wird von Elsbeth Cabalzar-Schellenberg geleitet. Der Arbeitsumfang entspricht heute in etwa einem 15-Prozent-Pensum. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Geschäftsverkehr zwischen den Verbandsmitgliedern und dem Sekretariat zunehmend auf elektronischem Weg abgewickelt wird. Seit rund einem Jahr müssen die ZV-Sektionen und damit auch der VBS die Mitgliederadressen in der ZV-Datenbank zudem selber bewirtschaften.

Zu den Aufgaben des Sekretariats gehören hauptsächlich die Beantwortung von Anfragen der Mitglieder, das Führen der Verbandsbuchhaltung, das Erledigen des Zahlungs- und Rechnungswesens sowie die Adressverwaltung der Mitglieder, das Melden von Mitgliedermutationen an den Zentralverband und der Versand der Mitgliederausweise, Rechnungen und weiterer Unterlagen an die Neumitglieder. Zudem ist das Sekretariat zuständig für den Telefon- und E-Mail-Verkehr des VBS und die Verwaltung des Materialbestands. Das Telefon des VBS ist am Montag-, Dienstag- und Donnerstagvormittag jeweils von 08.30 Uhr bis 11.00 Uhr bedient.

Administrativ ist das Sekretariat dem Präsidenten und fachtechnisch der Finanzchefin unterstellt.

4. REVISIONSSTELLE

Seit der Generalversammlung vom 25. April 2014 setzt sich die Revisionsstelle wie folgt zusammen:

- Jürg Barandun, Vertreter Pensionierte
- Therese Braschler, Stv. Leiterin Administration beim Amt für Wald und Naturgefahren
- Laurent Ostinelli, Administrator Kunstmuseum

5. KOMMISSIONEN

Monica Spescha Matic hat ihre Arbeitstätigkeit beim Kanton aufgegeben und ist folglich praxisgemäss aus der kantonalen Personalkommission ausgeschieden. Die entsprechende Ersatzwahl durch die Regierung war Ende Berichtsjahr noch ausstehend. Mitglieder der Personalkommission sind weiterhin Gion Cotti und Georg Thomann. Als stellvertretende Mitglieder amten Maria Pfister und Marco Wieland.

In der Verwaltungskommission der Pensionskasse Graubünden vertritt Andreas Cabalzar die Interessen des Personals. Ende 2015 ist er zum Präsidenten der Verwaltungskommission gewählt worden. Damit ist dieses Amt erstmals in der Geschichte der Pensionskasse Graubünden einem Vertreter der Arbeitnehmenden anvertraut worden.

6. ZUSAMMENARBEIT MIT DEM ZENTRALVERBAND UND ANDEREN PERSONALVERBÄNDEN

1. Zentralverband

Die Delegiertenversammlung des Zentralverbands „Öffentliches Personal Schweiz“ fand am 8. Mai 2015 in Basel statt. An diesem Anlass haben zwei Vorstandsmitglieder teilgenommen.

Anfang November hat der Zentralverband die jährliche Fachtagung in Brunnen abgehalten. Das Thema der Tagung hiess „Arbeitnehmende 50+“ und stiess bei den ZV-Sektionen auf reges Interesse. An dieser Fachtagung war der Vorstand mit fünf Mitgliedern vertreten.

Mit Gion Cotti als Co-Vizepräsident und Andreas Cabalzar als Pensionskassenexperte wirkt der VBS auch aktiv in den Gremien des Zentralverbands mit.

2. Bündner und Glarner ZV-Sektionen

Die Präsidentenkonferenz der Bündner und Glarner ZV-Sektionen fand Ende Oktober in Chur statt. Schwerpunktthema dieses Meinungsaustauschs war wiederum der zunehmende Druck auf die Lohn- und Anstellungsbedingungen der Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes. Betroffen ist derzeit in erster Linie das Gemeindepersonal. Aber auch für die Staatsangestellten der Kantone Glarus und Graubünden verdüstern sich die Vorzeichen.

Die Bündner und Glarner ZV-Sektionen beurteilen die Zusammenarbeit mit dem Zentralverband übereinstimmend als gut und konstruktiv. Dies gilt insbesondere für die Adressverwaltung. Auch mit dem Buchhaltungssystem sind die ZV-Sektionen

mehrheitlich zufrieden, erachten aber eine Schulung als zweckmässig. Schliesslich wurde angeregt, die ZV-Info künftig nicht mehr in Papierform, sondern nur noch als digitale Ausgabe herauszugeben.

Neben der Präsidentenkonferenz wurde das Verhältnis zwischen den Bündner und Glarner ZV-Sektionen auch bei anderen Treffen, namentlich durch den gegenseitigen Besuch der Generalversammlungen, gepflegt und gefördert.

7. PROTOKOLL DER 108. GENERALVERSAMMLUNG DES VERBANDS DES BÜNDNER STAATSPERSONALS

24. APRIL 2015, 18.00 UHR BIS 18.45 UHR, REST. MARSÖL CHUR

1. Begrüssung

Präsident Gion Cotti eröffnet um 18.00 Uhr die 108. Generalversammlung des VBS und begrüsst die rund 90 anwesenden Mitglieder und Gäste. Einen besonderen Gruss richtet er an Regierungspräsident Martin Jäger, Vorsteher des Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartements, an Willi Berger, Direktor der Pensionskasse Graubünden, und an Werner Finck, Vorsteher des Personalamtes. Weiter gibt Gion Cotti bekannt, dass sich ZV Präsident Urs Stauffer, die Ehrenmitglieder Martin Accola und Albert Vanoni, die Vorstandsmitglieder Georg Thomann und Marco Wieland, Revisor Jürg Barandun sowie weitere Mitglieder und Gäste für die heutige Versammlung entschuldigt haben.

Die persönliche Einladung zur 108. Generalversammlung wurde allen Mitgliedern fristgerecht zugestellt. Die Generalversammlung ist somit beschlussfähig. Anträge von Mitgliedern betreffend die Traktandenliste sind keine eingegangen, und die vom Vorstand vorgeschlagene Traktandenliste wird von der Generalversammlung einstimmig genehmigt.

2. Wahl der Stimmzähler

Als Stimmzähler wird Andreas Cabalzar vorgeschlagen und gewählt.

3. Protokoll der Generalversammlung 2013

Das Protokoll der 107. Generalversammlung vom 25. April 2014 ist im Jahresbericht aufgeführt. Dieser Bericht wurde allen Mitgliedern zugestellt, und das Protokoll konnte dort eingesehen werden. Die Anwesenden werden angefragt, ob Ergänzungen oder Erläuterungen gewünscht werden. Dies ist nicht der Fall und das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Der Präsident dankt Protokollführer Andreas Cabalzar für seine Arbeit.

4. Jahresbericht 2014

Zusammen mit der Einladung ist auch der Jahresbericht, den der Präsident verfasst hat, den Mitgliedern zugestellt worden. In seinen ergänzenden Ausführungen verweist Gion Cotti vorweg auf den Nichteintretensentscheid des Grossen Rates auf die Totalrevision des kantonalen Personalgesetzes in der April-Session 2014. Diesen Entscheid hat der Präsident bereits an der letzten Generalversammlung mit deutlichen Worten kritisiert.

In der Oktober-Session 2014 haben Grossrat Beath Nay und Mitunterzeichnende einen Auftrag für eine Teilrevision des kantonalen Personalgesetzes eingereicht. Die Regierung hat diesen Auftrag entgegengenommen, allerdings mit dem Vorbehalt, dass diese Revision nicht einseitig zu Ungunsten des Staatspersonals ausfallen darf. In der Februar-Session 2015 ist dieser Auftrag vom Grossen Rat im Sinn der Regierung überwiesen worden.

Die Teilrevision des kantonalen Pensionskassengesetzes ist in der Juni-Session 2014 vom Grossen Rat mit 71 zu 25 Stimmen bei 4 Enthaltungen deutlich angenommen worden. Präsident Gion Cotti ist über dieses klare Ergebnis erfreut und dankt der „Vernunftfraktion“ des Grossen Rates für die deutliche Zustimmung.

Laut Präsident Gion Cotti wird der Vorstand einen Ausbau der Rechtsschutzversicherung prüfen. Im Vordergrund steht dabei der Abschluss einer Kollektiv-Rechtsschutzversi-

cherung, welche auch die vorprozessualen Kosten deckt. Derzeit sind die Aktivmitglieder bei Streitigkeiten betreffend das Arbeitsverhältnis über die kostengünstigere Kollektiv-Prozesskostenversicherung abgesichert. Diese Versicherung deckt nur die Prozesskosten, während die vorprozessuale Beratung durch den Ressortleiter „Recht und Versicherungen“ erfolgt. Bei einem Ausbau des Rechtsschutzes müssten die Mitgliederbeiträge im Jahr 2017 in einer Bandbreite von 5 bis 10 Franken erhöht werden.

Abschliessend weist der Präsident auf den laufenden Mitgliederwettbewerb hin, an dem die Verbandsmitglieder noch bis Ende April teilnehmen können.

Im Anschluss an diese Ausführungen übernimmt Vizepräsident Andreas Cabalzar das Wort und fragt die Versammlung an, ob weitere Erläuterungen zum Jahresbericht gewünscht werden. Dies ist nicht der Fall. Somit beantragt er der Versammlung, den Jahresbericht zu genehmigen. Diesem Antrag wird mit Applaus zugestimmt.

5. Jahresrechnung, Revisorenbericht und Déchargeerteilung

Die Jahresrechnung 2014 wird von Präsident Gion Cotti vorgestellt. Der Jahresabschluss weist einen Gewinn von Fr. 4'235.16 aus, und das Verbandsvermögen beträgt per 31. Dezember 2014 Fr. 171'093.93.

Veranschlagt worden waren für das Jahr 2014 Mindereinnahmen von 1'900 Franken. Die Abweichung vom Budget beläuft sich somit auf rund 6'100 Franken. Diese Abweichung ist auf Einsparungen von 5'000 Franken bei der Position „Gerichts- und Anwaltskosten“ sowie von 1'300 Franken bei der Position „Werbung“ zurückzuführen.

Revisorin Therese Braschler verliest anschliessend den Revisorenbericht 2014, welcher ebenfalls im Jahresbericht enthalten und von ihr und Rechnungsrevisor Laurent Ostinelli unterzeichnet ist. Therese Braschler stellt der Versammlung den Antrag, der Jahresrechnung 2014 zuzustimmen und dem Vorstand Décharge zu erteilen. Die Jahresrechnung, die Bilanz und der Revisorenbericht 2014 werden von der Generalversammlung in der Folge einstimmig genehmigt. Ebenso wird dem Vorstand Décharge erteilt.

6. Jahresbeiträge 2016 und Voranschlag 2016

Der Präsident betont, dass nach den guten Jahresabschlüssen der letzten Jahre kein Grund für eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge besteht. Daher beantragt er, die Höhe der Mitgliederbeiträge für das Jahr 2016 unverändert zu belassen, nämlich für Aktiv- und Passivmitglieder bei 45 Franken und für pensionierte Mitglieder bei 33 Franken. Diese Anträge werden von der Generalversammlung einstimmig genehmigt. Zustimmung findet auch der Voranschlag 2016, welcher einen Mehraufwand von 7'400 Franken vorsieht.

7. Teilrevision der Statuten

Das Nichtetreten auf die Totalrevision des Personalgesetzes und der Auftrag von Grossrat Beath Nay und Mitunterzeichnende zeigen laut den Ausführungen von Gion Cotti, dass die Löhne und Anstellungsbedingungen des Bündner Staatspersonals im Grossen Rat zunehmend unter Druck geraten. Dieser Entwicklung ist mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Der Vorstand unterbreitet daher der Generalversammlung eine Statutenrevision. Demzufolge soll der Vorstand künftig bei Wahlen und Abstimmungen Empfehlungen abgeben können, sofern dies im Interesse des Verbands ist. Solche Empfehlungen erfordern jedoch die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Vorstandsmitglieder. Dieser Antrag des Vorstands findet die einhellige Unterstützung durch die Generalversammlung

und Artikel 1 Absatz 3 der Statuten wird in diesem Sinn ergänzt.

8. Umfrage und Verschiedenes

Präsident Gion Cotti gibt bekannt, dass der Pensioniertenausflug am 18. September 2015 stattfindet. Anschliessend lädt er zu Wortmeldungen aus der Versammlungsmitte ein. Auf entsprechende Anfrage gibt der Präsident bekannt, dass der Pensioniertenausflug nach Möglichkeit in der jagdfreien Woche stattfindet. In diesem Sinn ist der Pensioniertenausflug 2014 eine Ausnahme gewesen.

Zum Schluss dankt Gion Cotti allen Anwesenden für die Teilnahme an der Generalversammlung. Ein besonderer Dank geht an die Vorstandsmitglieder, an die Mitglieder der Revisionsstelle und an die Leiterin des Sekretariats. Damit sind die statutarischen Geschäfte abgeschlossen.

Im Anschluss an die Generalversammlung hält Regierungspräsident Martin Jäger einen Vortrag zum Thema „Bildung“.

Chur, 24. April 2015

Der Aktuar:
Andreas Cabalzar

